Samstag, 01. Juli 2023

Renaissance der Marktwirtschaft?

Gastkommentar von Dietrich W. Thielenhaus

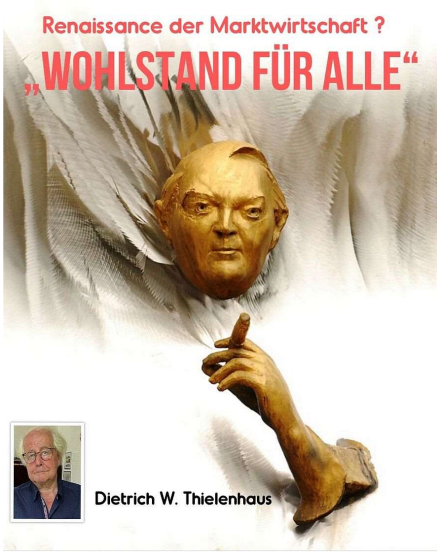
Blogeintrag | Kommentare (0)

„Wohlstand für Alle"

Angesichts einer zunehmend rat- und hilflos wirkenden Bundesregierung suchen Bürger und Unternehmen nach überzeugenden Problemlösungen für die vielfältigen Krisen und Risiken sowie eine verantwortungsbewusste Zukunftsgestaltung. Während die Ampel-Koalition sich in kleinteiligem Stückwerk verliert, wächst der Handlungsdruck zur Lieferung ökonomisch und ethisch schlüssiger Gesamtkonzepte. Verschärft wird die Lage durch die schleichende Schwächung des deutschen Wirtschaftsstandorts. Stagflation und Erosion drohen zu langjährig dominierenden Markenzeichen der Bundesrepublik zu werden. Vor diesem Hintergrund drängt sich die politische Revitalisierung und Realisierung eines bewährten Systems auf, das auf freien Wettbewerb statt allgegenwärtiger staatlicher Reglementierung setzt: die soziale Marktwirtschaft.

„Schwieriges Fahrwasser"

Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft hat sich im Juni überraschend stark eingetrübt. Der ifo-Geschäftsklima-Index ist auf das Rezessions-Level vom Herbst 2022 abgesunken. Laut der neuen Prognose wird das BIP in diesem Jahr um 0,4 % schrumpfen. Im Frühjahr hatten die Ökonomen noch mit einem Rückgang von nur 0,1 % gerechnet. Die Unternehmen bewerten ihre aktuelle Lage und ihre Erwartungen pessimistischer. Kaum eine Branche kann sich offenbar dieser Negativ-Entwicklung entziehen. Vor allem die Schwäche der Industrie bringe die deutsche Konjunktur in schwieriges Fahrwasser. Auch die Stimmung der Exportindustrie hat sich verdüstert. ifo dazu: *„Neben der*



inländischen Nachfrageschwäche zeichnen sich jetzt auch noch weniger Aufträge aus dem Ausland ab. Das sind keine guten Nachrichten für die deutsche Exportwirtschaft.“ Auch das gewerkschaftsnahe Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) erwartet für 2023 keine Stagnation mehr, sondern einen Rückgang der Wirtschaftsleistung um 0,5 %. Etwas zuversichtlicher zeigt sich die Deutsche Bundesbank, d zufolge die Talsohle schon durchschritten sein soll. Mit dem En des Frühjahrsquartals sei die Rezession zu Ende gegangen. Gleichwohl geht auch die Bundesbank für das Gesamtjahr 2023 von einem BIP-Rückgang um kalenderbereinigt 0,3 % aus. Die Neuverschuldung des Staates soll – so ifo – von 106 Mrd. in 2022 auf 69 Mrd. Euro im laufenden Jahr zurückgehen. Diese Prognose erscheint allerdings schon deswegen fraglich, weil die deutschen Staatsschulden – laut Statistischem Bundesamt – im ersten Quartal bereits um 38,9 Mrd. Euro zugelegt haben.

Stärkster Aderlass

Vor dem Hintergrund der zunehmend kontraproduktiven Rahmenbedingungen sieht sich die Industrie immer öfter gezwungen, Teile der Produktion und Arbeitsplätze ins Ausland zu verlagern. Einer BDI-Umfrage zufolge haben bereits 16 % der Unternehmen diese Entscheidung gefällt. Weitere 30 % denken darüber nach. Drei Viertel der Betriebe monieren übertriebene Arbeitskosten, zwei Drittel zu hohe Preise für Energie und Rohstoffe. Oben auf der Wunschliste stehen Steuersenkungen und Bürokratieabbau. Mit konkreten Zahlen unterlegt das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) die bereits angelaufene Investitionsflucht. So sind 2022 132 Mrd. US-Dollar mehr Direktinvestitionen aus Deutschland abgeflossen als investiert worden. Das sei der stärkste Aderlass von 46 untersuchten Industrienationen. Das IW bezeichnet diese Zahlen als Warnsignal, dass der Standort an Attraktivität verliere. Demografie und hohe Energiepreise setzten Deutschland zu. Viele Probleme seien hausgemacht. Seit 2019 habe der Nettoabfluss stark zugenommen. Vor allem die Direktinvestitionen aus anderen europäischen Ländern seien mit einer Reduzierung von 79 auf nur 13 Mrd. Euro dramatisch eingebrochen.

Peinliche Platzierung

Auch bei der internationalen Wettbewerbsfähigkeit fällt Deutschland immer weiter zurück. So ist die Bundesrepublik im neuesten Standortvergleich 'World Competitiveness Ranking 2023' der Managementhochschule IMD (Lausanne) um sieben Plätze auf Rang 22 von insgesamt 64 Ländern gestürzt. Fatalerweise hat Deutschland in sämtlichen Kategorien an Konkurrenzfähigkeit verloren,

also bei der ökonomischen Performance ebenso wie bei der der Infrastruktur, der Effizienz des Regierungshandelns und der Leistungsstärke der Unternehmen. Alarmierend wirken die besonders schwachen Platzierungen bei der steuerlichen Belastung (Rang 60), der Preisentwicklung (53) sowie dem Leistungs- und Arbeitsethos (44) in den Firmen. Als Spitzenreiter bei der Wettbewerbsfähigkeit konnte sich Dänemark vor Irland, der Schweiz, Singapur und den Niederlanden durchsetzen. Malte Fischer kommentiert das peinliche Abschneiden in der Wirtschaftswoche: *„Beschämender könnte das Votum für ein Land, das einst das Wirtschaftswunder gebar und als Exportweltmeister übe Achtung genoss, nicht ausfallen. Die Ampelregierung glaubt mit milliardenschweren Subventior als Lockmittel für Unternehmen wie Intel das Image des Standorts aufpolieren und diesen resilienter aufstellen zu können. Doch das ist ein Irrtum."* Die Bundesregierung wäre gut beraten, die Rahmenbedingungen für alle Unternehmen am Standort Deutschland zu verbessern, statt mit finanziellen Hilfen für einige wenige Konzerne eine Subventionsspirale in Gang zu setzen. Niedrigere Steuern und Abgaben, weniger Bürokratie, mehr unternehmerische Freiheit und ein bescheidener Staat seien die Schlüssel für mehr Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit – und damit für eine Renaissance des Standorts Deutschland in internationalen Rankings.

„Gieriges Biest"

Die deutsche Inflationsrate ist im Juni – gegenüber dem Vormonat – von 6,1 auf 6,4 % gestiegen. Bundesbank-Chef Joachim Nagel hat die Entwicklung so beschrieben: *„Inflation ist für mich wie ein gieriges Biest. Wir müssen gegen dieses Biest kämpfen."* Die EZB hatte im Sommer 2022 – viel zu spät – mit der geldpolitischen Straffung begonnen und im Juni den achten Schritt in Folge realisiert. EZB-Präsidentin Christine Lagarde hat die nächste Erhöhung für Juli angekündigt. Die gefühlte, also die von Verbrauchern wahrgenommene Inflation hat im Mai – so der Kreditversicherer Allianz Trade – mit 18 % fast dreimal so hoch gelegen wie die tatsächliche Rate. Dieses Auseinanderklaffen sorgt bei den Bürgern für Verunsicherung und schwächt die Glaubwürdigkeit von Politik und staatlichen Institutionen. Die Bundesbank hat ihre Prognosen für die Kerninflation nach oben auf 5 % korrigiert, während sie die Gesamtinflationsrate für 2023 auf 6 % schätzt. Als erhebliches Risiko wird die Gefahr einer Lohn-Preis-Spirale eingestuft. Anleger beanstanden die – nach mehreren Strafzins-Jahren – nur zögerliche Bereitschaft der Banken, ihren Kunden angemessene Habenzinsen zu vergüten. Obwohl die EZB die Leitzinsen auf 4,0 % angehoben hat, zahlt – einer Verivox-Analyse zufolge – jede vierte Bank noch gar keine Zinsen auf Giro- und Tagesgeldkonten. Die durchschnittliche Verzinsung aller Tagesgeldangebote liegt derzeit bei etwas über 1 %, während die Banken selbst für ihre Einlagen bei der EZB über 3 % kassieren. Die volkswirtschaftlich und ethisch eigentlich inakzeptable Konsequenz: Der Kontoinhaber, der mit mageren 1 % abgespeist wird, muss bei 6,4 % Inflation eine negative Realrendite von 5,4 % hinnehmen, was einer flächendeckenden Enteignung durch die Hintertür gleichkommt. Der von der dramatischen Geldentwertung in der Weimarer Republik geprägte Ludwig Erhard hat sein Vermächtnis zur Geldwertstabilität so formuliert: *„Es gilt, alle Kräfte*

darauf zu konzentrieren, eine Inflation zu verhüten und jedes schuldhafte Verhalten, das zu einer inflationistischen Entwicklung führen könnte, vor der gesamten Öffentlichkeit zu brandmarken und dadurch zu verhindern. Die Inflation kommt nicht über uns als ein Fluch oder als ein tragisches Geschick; sie wird immer durch eine leichtfertige oder sogar verbrecherische Politik hervorgerufen."

Monetäre Staatsfinanzierung?

Der für seine konsequent praktizierte Unabhängigkeit bekannte Bundesrechnungshof warnt dav dass die Bundesbank möglicherweise mit Steuergeldern gerettet werden müsse. Grund ist der Vorwurf gegenüber den früheren Bundesfinanzministern, nicht ausreichend geprüft zu haben, ob die milliardenschweren Wertpapierkaufprogramme der EZB unter Draghi und Lagarde gegen das Verbot der monetären Staatsfinanzierung verstoßen. Der Rechnungshof beanstandet, dass das Bundesfinanzministerium seiner ihm vom Bundesverfassungsgericht auferlegten Verpflichtung nicht hinreichend nachgekommen sei, zu prüfen, ob die EZB mit den Käufen ihre Kompetenzen überschreite und welche Folgen dies für den Bundeshaushalt habe. Tatsächlich habe sich das Finanzministerium mit einer Bestätigung der Bundesbank begnügt, dass die Anleihekäufe rechtlich in Ordnung seien. Das reiche nicht, weil eine *„etwaige offensichtliche Kompetenzüberschreitung der EZB"* ohne eigene inhaltliche Bewertung durch das Ministerium nicht festgestellt werden könne. Außerdem habe es das Ministerium versäumt, die Haushaltsrisiken durch mögliche Verluste der Bundesbank abzuschätzen. Schon 2022 konnte die Bundesbank nur durch Rückgriff auf Rückstellungen einen Bilanzverlust verhindern. Für die Folgejahre halten Experten wegen der Zinswende Verluste für wahrscheinlich, die die gebildeten Reservepuffer übertreffen könnten. In diesem Fall müsste der Bund die Bundesbank mit Steuergeldern „rekapitalisieren", also retten. Abzuwarten bleibt, ob die Initiative des Bundesrechnungshofes auch zu personellen Konsequenzen führen wird.

Vor 75 Jahren

„Wohlstand für Alle" – so lautete der programmatische Titel des 1957 vom damaligen Wirtschaftsminister Ludwig Erhard veröffentlichten Sachbuches, das einer von Krieg und Elend demoralisierten Bevölkerung in populärwissenschaftlicher Weise den Weg zur sozialen Marktwirtschaft als neues Lebensmodell gewiesen hat. Ziel war, breiten gesellschaftlichen Schichten zu Wohlstand zu verhelfen. Das könne – wie der Autor betonte – nur eine freie Wirtschaft leisten, die vor Kartellen und Monopolen geschützt werden müsse. Der Wirtschafts-Professor führte als Kerngedanken weiter aus: *„Das erfolgversprechendste Mittel zur Erreichung und Sicherung jeden Wohlstandes ist der Wettbewerb. Er allein führt dazu, den wirtschaftlichen Fortschritt allen Menschen, im Besonderen in ihrer Funktion als Verbraucher, zugutekommen zu lassen, und alle teile, die nicht unmittelbar aus höherer Leistung resultieren, zur Auflösung zu bringen."* Erhards

historische Verdienste bestehen vor allem in der konstruktiven, interaktiven Vereinigung einer höchst erfolgreichen Wirtschaftspolitik mit einer bürgernahen, überzeugenden Sozialpolitik. 75 Jahre nach der Währungsreform am 20. Juni 1948 stellt Roland Koch Erhards Modell auf den politischen Prüfstand. Der ehemalige hessische Ministerpräsident merkt kritisch an: *„Heute sind viele Politiker und ihre Wähler weit von der Überzeugung entfernt, dass ein bevormundender Wohlfahrtsstaat der Gesellschaft den Sinn für Eigenverantwortung, den persönlichen Ansporn, die Kreativität und damit die ökonomische Schaffenskraft nimmt. Doch es ist falsch zu glauben, ausufernder Sozial- und Subventionsstaat führe zu Wohlstand für Alle. Sparsame Regulierung mu wieder ein Ziel der Politik werden, sonst wird das Ziel des Wohlstands für Alle gefährdet, weil die Kreativität und der unternehmerische Mut der vielen Akteure erstickt werden. Wir müssen abspecken und uns dabei an der sozialen Marktwirtschaft Erhards orientieren. So aktivieren wir das Potenzial unserer Wirtschaft und können auch heute Wohlstand für Alle schaffen."*

Verfasst von: Dietrich W. Thielenhaus | Kommentare (0)

GASTKOMMENTAR

Als Gastkommentar gekennzeichnete Texte geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wieder.

ZURÜCK ZUM BLOG

Kommentare (0)

Kommentar verfassen

Titel

Titel

Name *

Name *

E-Mail *

E-Mail *

Homepage

Homepage

Ihr Kommentar *

Kommentar *

Bitte beachten Sie bei Ihren Kommentaren unsere Netiquette

KOMMENTAR VERFASSEN

VERLAG

ADRESSE:

markt intern Verlag GmbH
Breite Str. 20
40670 Meerbusch

FON +49 (0) 211 6698-0

FAX +49 (0) 211 6698-222

E-MAIL info@markt-intern.de

ÖFFNUNGSZEITEN

09:00 bis 17:00 - Mo bis Do
09:00 bis 15:00 - Fr

THEMEN

Steuern & Recht

Bauen & Wohnen

Gesundheit & Freizeit

Handel & Dienstleistungen

Handwerk

Marketing & Online

Mittelstandspolitik

STEUERN & MITTELSTAND

arbeitgeber intern

GmbH intern

immobilien intern

Mittelstand

steuerberater intern

steuertip

umsatzsteuer intern

TECHNIK & LIFESTYLE

Automarkt & Tankstelle

Büro-Fachhandel

Consumer Electronics

Elektro-Fachhandel

Foto-Fachhandel & -Studio

Uhren & Schmuck

BAUEN & WOHNEN

Eisenwaren/Werkzeuge/Garten

Elektro-Installation

Installation Sanitär/Heizung

Möbel-Fachhandel

GESUNDHEIT & FREIZEIT

Apotheke/Pharmazie

Augenoptik/Optometrie

Hörgeräteakustik

in motion — Sport- plus Schuh-Handel

Parfümerie/Kosmetik

Spielwaren/Modellbau/Kreativ

© 2023 markt intern Verlag GmbH | Karriere | Netiquette | Impressum | Datenschutz | AGB | Hilfe